

# **Amtliche Bekanntmachung**



## **Amtsgericht Gütersloh**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 04.07.2024, 09:00 Uhr,  
1. Etage, Sitzungssaal 105, Friedrich-Ebert-Str. 30, 33330 Gütersloh**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Gütersloh, Blatt 33952,  
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Avenwedde, Flur 9, Flurstück 1865, Gebäude- und Freifläche,  
Windröschenstraße 23, Größe: 278 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um eine nicht unterkellerte Doppelhaushälfte mit  
grenzständiger Garage, Baujahr 2002, Wohnfläche 140 m<sup>2</sup>.

Eine Innenbesichtigung fand nicht statt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.07.2023  
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

384.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der  
Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht  
spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten

anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.